

Phantastische Tributvorschläge in Paris

3,2 Milliarden für Frankreichs Volkswirtschaft und den Schuldendienst

Paris, 16. März. Ueber die allgemeinen Uinien der Lösung, die man in gewissen Delegationen der Reparationskonferenz ins Auge gefaßt hat, glaubt der „Petit Parisien“ noch mitteilen zu können, der ungeschickte Teil der deutschen Zahlungen würde zur Dedung der von den alliierten Ländern, hauptsächlich von Frankreich, für den Wiederaufbau des ehemaligen Kampfgebietes gemachten Ausgaben dienen. Dieser Teil würde mobilisiert und das Kapital auf dem Anleihewege den interessierten Ländern in einigen Jahren einhändig werden. Die Amortisation dieser kommerzialisierten Schulden könnte in 37 Jahren (Tauer der Danesobligationen) erfolgen. Dieser Teil der Zahlungen würde sich einschließlich der zu zahlenden Zinsen auf 1500 Millionen Goldmark jährlich belaufen. Es würde auf diese Weise eine Art Priorität für die Reparationen im eigentlichen Sinne des Wortes geschaffen und dieses System hätte den weiteren Vorteil, daß die finanziellen und moralischen Spuren des Krieges rascher getilgt werden.

Der durch ein Transfer-Memorandum geschätzte Teil der Zahlungen würde zur Begleichung der internationalen Schulden verwendet werden. Die Bank für internationale Zahlungen, die diese Summe von Deutschland erhalten würde, würde sie den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen, was eine bankmäßige Verschmelzung der deutschen und der alliierten Schulden ermöglichen würde, ohne daß irgendeine politische Verschmelzung vorgenommen würde, auf welchen Unterschied die Amerikaner besonderen Wert legen. Diese Zahlungen würden progressiv gestaffelt werden in einem Zeitraum von 58 Jahren entsprechend dem alliierten Schuldenabkommen mit Washington. Die Höhe der alliierten Schulden beläuft sich gegenwärtig auf über 900 Millionen Goldmark jährlich und werde in 15 Jahren 1700 Millionen erreichen.

Nach dem geplanten Projekt würden die deutschen Annuitäten dieser Kategorie einer gleichen fortschreitenden Erhöhung unterworfen werden. Die Forderungen für den

genannten Wiederaufbau, der längst erledigt ist, und den französischen Schuldendienst würden also insgesamt 3,2 Milliarden jährlich ausmachen, Paris glaubt wohl selbst im Ernst nicht an diese astronomischen Zahlen.

„Daily Telegraph“ berichtet ferner aus Paris über eine hoffnungsvollere Stimmung in den Besprechungen der Sachverständigen für die Reparationsfrage. Der Aufbau der geplanten Internationalen Bank schreitet, so heißt es in dem Bericht, ohne wirkliche Meinungsverschiedenheit fort.

Außer dem Deutschen sieht jedermann Sachlieferungen als unangenehme, wenn auch vielleicht notwendige Zahlungsart an,

und das Bestreben geht auf ihre schrittweise Verminderung hin. In amerikanischen Kreisen wird der Gedanke, daß die geplante Bank eine „Leberbank“ sein werde, als falsch bezeichnet. Es wird erklärt, der wahrheitsgemäße Anteil Amerikas am Bankkapital werde einen so geringen Teil des Gesamtkapitals ausmachen, daß die Befürchtung einer amerikanischen Beherrschung hinsichtlich der Bank über die Höhe der deutschen Schuld steht.

„Times“ meldet aus Paris, es bestehe außer Grund zu der Hoffnung, daß die Organisation der Bank zur Behandlung der Reparationen vor Oitern vollkommen entworfen und daß damit das Stadium erreicht sein wird, die entscheidende Frage der Höhe und der Zahl der deutschen Annuitäten zu erwägen.

Erhöhung des japanischen Kriegsetats

Tokio, 16. März. Das Parlament hat den Haushaltsplan für 1929 angenommen, der mit 1752 Millionen Yen abschließt. Er sieht 270 Millionen für Marine und 287 Millionen für Meer und Flotte vor. Das Kriegs- und Marineministerium wird im Laufe der nächsten Woche einen Nachtragsetat in Höhe von 27 Millionen Yen beantragen. Der Militärhaushalt weist eine Erhöhung um 9 v. H. auf.

Ueber 100 Todesopfer des Mississippi

Zausende in höchster Lebensgefahr

London, 16. März. Die Ueberschwemmungen im Staate Alabama haben nach den letzten Berichten katastrophale Folgen gehabt. Der südliche Teil von Alabama ist schlimmer betroffen als durch irgendein früheres Ueberschwemmungsereignis. In Georgia sind 8000 Personen gezwungen gewesen, nach dem Berggebiet zu fliehen, da das Wasser in den Straßen eine Höhe von 1,90 Meter erreichte. Die Stadt Geneva ist vollkommen unter Wasser, das an der höchsten Stelle 90 Zentimeter hoch steht. Die Städte und Dörfer im südlichen Alabama, im nordwestlichen Florida und im südwestlichen Georgien sind von jeder Verbindung abgetrennt. Die Rettung der von der Katastrophe am schlimmsten betroffenen Personen in Etba ist in der Nacht auf Sonnabend verfrucht worden. Soldaten gelang es in Booten, verschiedene Familien zurückzubringen. Die Dunkelheit machte aber ein Rettungswerk größeren Umfangs völlig unmöglich. In diesem Teil des Ueberschwemmungsgebietes begannen die Fluten langsam abzurückzugehen, aber die Lage ist in Etba wie in Preston nach wie vor sehr ernst. In Etba erreichen die Fluten einen Höchststand von sechs Meter.

Zahlreiche Häuser vermochten dem riesigen Druck des Wassers nicht standzuhalten und sind zusammengebrochen. Ueber die Zahl der Opfer der Katastrophe liegen keine zuverlässigen Berichte vor. In Etba selbst befürchtet man, daß

mindestens 100 Personen ertrunken sind. Hunderte andere befinden sich aber in unmittelbarer Gefahr. Ein Miegler, der längere Zeit über dem überschwemmten Gebiet kreiste, berichtet, daß die Stadt Callesberee nahezu völlig zerstört ist. Eine weitere in Clark in Alabama eingegangene Mitteilung spricht davon, daß in Etba

ein Hotel unter dem Druck des Wassers zusammenbrach, als Hunderte von Personen in den oberen Stockwerken Zuflucht gesucht hatten.

Einer der wenigen Männer, denen es bisher gelungen ist, sich in Sicherheit zu bringen, berichtet, daß nicht bekannt ist, ob der Damm des Beckflusses gebrochen ist. Das rapide Ansteigen der Fluten spricht aber für diese Annahme. Kapitän Thompson von der Nationalgarde teilt mit, daß vier Mann der Garde bei dem Rettungswerk ertranken, da sich ihre Boote überfluteten. In einem Dorfe in der Nähe von Etba wurden drei Personen von einem Dach gerettet, 52 andere sind ertrunken, da sie keinen Platz in dem Boot finden konnten. Die Rettungsarbeiten werden mit Motorbooten durchgeführt. Kleinere Fahrzeuge vermögen der Wucht des Wassers nicht standzuhalten. In Newporter Meldungen wird davon gesprochen, daß die Rettungsmanuskaffen in Alabama bisher 92 Personen retten konnten.

Die Eishilfe der „Eisak“

Berlin, 16. März. Das Linien Schiff „Eisak“, das gestern zur Hilfeleistung für die durch Eispresung in schwerer See geratenen Dampfer „Ceres“, „Mita“, „Eisa“ und „Tecum“ in See ging, hat sie im Laufe der Nacht in der Höhe erreicht. Es ist dem Linien Schiff gelungen, die Schiffe loszubrechen und in offenes Wasser zu bringen. Der Dampfer „Ceres“ wurde mit Kohlen und Wasser versehen. Linien Schiff „Eisak“ hat den Rückmarsch angetreten. (W.F.B.)

Eisenbahnkatastrophe in Japan

Tokio, 16. März. Auf der Saniodoktride ist ein Schnellzug entgleist. Bei dem Unfall, über das noch keinerlei Einzelheiten bekannt geworden sind, wurden vier vollbesetzte Wagen umgeworfen. Die Zahl der Toten und Verletzten soll 200 betragen.

Beratung des Notetats im Ausschuss

Vorgriffe auf den Haushalt 1929

Berlin, 16. März. Der Haushaltsausschuss des Reichstags übermies ein Schreiben des Finanzministers über die Einstellung von Dienstankämpfern bei der Zoll- und Steuerverwaltung, mit der der Sparkommissar einverstanden ist, dem Unterausschuss und begann dann die Beratung des Notetats. Dazu hat der Finanzminister eine Zusammenstellung von insgesamt 144 Positionen im Betrage von über 100 Millionen vorgelegt, in denen er die Ermächtigung zu

Vorgriffen auf den Haushalt 1929 erbittet. Es handelt sich nach den Erläuterungen eines Regierungsvertreters namentlich um die Fortführung bereits begonnener Bauten. Die Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß zunächst der Notetat beschleunigt verabschiedet und dann erst diese Zusammenstellung beraten werde.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) beantragt, nicht die Ermächtigung bis zu einem Viertel der für 1928 bewilligten Beträge zu geben, sondern nur bis zu einem Fünftel. Reichsfinanzminister Dr. Gilsberding erklärt, er werde dort, wo rechtliche Verpflichtungen beständen, die irgendeine angeweifelt würden, vorher den Haushaltsausschuss befragen. — Abg. Dr. Reinhold verteidigt nochmals seinen Antrag, der zur Sparsamkeit zwingt. In der Abstimmung werden die Anträge Dr. Reinhold (Dem.), sowie ein neuer Antrag Dr. Quast (D.-N.) und Dr. Scholz (D. Sp.) angenommen.

auf Grund deren Paragraph 1 in seinem Abschnitt D folgende Fassung erhält: Im übrigen können Ausgaben bis zu ein Fünftel der für das Rechnungsjahr 1928 bewilligten Beträge, aber nicht über ein Fünftel der Ansätze hinaus, geleistet werden, die der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Reichshaushaltsplanes für 1929 enthalte. Beim Vorliegen einer unzweifelhaft bürgerlich-rechtlichen Verpflichtung darf hierüber um denjenigen Betrag hinausgegangen werden, der zur Erfüllung der Verpflichtungen erforderlich ist. Einmalige Maßnahmen, für die Mittel im Rechnungsjahr 1929 nicht bewilligt worden sind, die aber unausschießbar sind, dürfen im Rahmen der in den Haushalt für 1929 eingestellten Beträge dann in Angriff genommen werden, wenn auch der Ausbruch des Reichstages im Einzelfalle ausbleibt hat.

Der § 1 wird im übrigen genehmigt, desgleichen § 2. § 3 lautet: Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, a) zur Förderung des deutschen Kupferhandels

Garantien bis zum Betrage von 175 Millionen Reichsmark und b) für die Verpflichtung des Deutschen Museums in München, für die jährliche Vergütung und Tilgung einer Anleihe zur Fertigstellung des Studienbaues Garantien bis zum Betrage von 300 000 Reichsmark zu übernehmen. Die dem Reichsminister der Finanzen früher erteilten Garantieermächtigungen bleiben in Kraft. Hinsichtlich der Garantieermächtigung zur Förderung des Abfanges von Schlachtwich gilt die Bestimmung, daß der Betrag der für diesen Zweck jeweils bestehenden Garantieverpflichtungen bis 22 Reichsmark betragen darf. Die §§ 4 und 5 werden unverändert angenommen, ebenso wird der Rest des Gesetzes genehmigt. Der Ausschuss vertagte sich dann auf Montag.

Silberding borgt abermals 150 Millionen

Berlin, 16. März. Das Reich hat mit einer Reihe privater Berliner Geldgeber in diesen Tagen einen Kreditvertrag abgeschlossen. Es handelt sich um eine Summe von 150 Millionen Mark, die dem Reich bis zu vier Wochen zur Verfügung gestellt wird. Das Kreditabkommen, das zu Vorauszinsföhen abgeschlossen worden ist, beginnt am 28. März bzw. 1. April zu laufen. Die Rückzahlungsfrist ist auf höchstens vier Wochen festgesetzt. Es steht aber dem Reich bereits zu einem früheren Termin mit der Rückzahlung zu beginnen. Dieser Modus ist gewählt worden, da dem Reich bereits ab 10. April, als dem Stichtag für die Steuerzahlungen erhebliche Beträge aufliegen werden.

An dem Reichskredit sind die vier D-Banken, die Commerz- und Privatbank, das Bankhaus Wende & Co. die Berliner Handelsgesellschaft sowie die Reichskreditgesellschaft beteiligt. Dieser Kredit ist nicht identisch mit den finanziellen Hilfsmaßnahmen, die der Reichsfinanzminister vor einigen Tagen in seiner Rede erwähnt hat.

Einführung des Verfahrens gegen Roffe. Das Verfahren, das gegen den Autonomisten Roffe wegen Schädigung des Staatskredits eingeleitet worden war, ist eingeleitet worden.

Bei Husten mit Austurf

nehmen Sie alle 3 bis 4 Stunden 4 Kapseln voll Faagvin, das Sie mit genau Beschreibung in Apotheken erhalten.

Die Deutschnationalen fordern ein Mittelstands-Notprogramm

Berlin, 16. März. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht: Die Not des gewerblichen Mittelstandes hat einen derartigen Umfang angenommen, daß planmäßige Stützungsmaßnahmen unbedingt erforderlich sind. Infolge der katastrophalen Lage der Landwirtschaft lebten die Aufträge aus diesem wichtigen Berufszweige, die mehr als 60 Prozent aller Aufträge ausmachen, fast ganz. Die große Arbeitslosigkeit hat Millionen deutscher Volksgenossen launfrächtig gemacht, was auf den Weg lebenswichtiger Erzeugnisse in den Betrieben des Handels, Handwerks und Gewerbes außerordentlich verheerend eingewirkt hat. In solcher Lage findet der gewerbliche Mittelstand die Konkurrenz der öffentlichen Hand besonders hart, und die überhöhten Steuern und Abgaben aller Art können nicht mehr aus den mehr als färglichen Einnahmen getragen werden. Wir fragen die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um der schweren Krise in Handel, Handwerk und Gewerbe entgegenzuwirken. Ist sie bereit, ein Notprogramm für den gewerblichen Mittelstand aufzustellen, das in seinen Hauptpunkten Eindämmung der gewerblichen Betriebe der öffentlichen Hand, Sicherung der anteilmäßigen Berücksichtigung des Handwerks und Gewerbes bei Vergabung öffentlicher Leistungen und Lieferungen, Schaffung von Kreditmöglichkeiten, Steuerentlastung, besonders der Realsteuern, sowie Steuererhöhung in bezug auf die Beitreibung laufender Steuern enthalten muß?

Empfang beim sächsischen Gesandten

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung) Berlin, 16. März. Der sächsische Gesandte in Berlin Stadnauer und Frau gaben gestern in den schönen Räumen der Berliner sächsischen Gesandtschaft ihren Jahresempfang, zu dem eine große Anzahl von prominenten Mitgliedern aus Diplomatie, Politik, Kunst und Presse erschienen war. Der Abend wurde durch einen heiteren Vortrag von Erich Ponto vom Sächsischen Staatstheater eingeleitet, der aus Goethe, Jean Paul und Wilhelm Busch vorlas. Von der Diplomatie waren u. a. die Gattin des russischen Botschafters, Frau Arkistki, der tschechische und der litauische Gesandte erschienen. Der österreichische Gesandte Dr. Frank hatte sich durch Gesandtschaftsrat Fischer vertreten lassen. Neben dem Reichstagspräsidenten Löbe sah man die Reichsminister Severina, Gröner und Wiffel. Auch aus Dresden waren Prominente anwesend. Man bemerkte neben Mitgliedern des Reichstages, wie dem ehemaligen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, Oberlandesgerichtspräsident Mansfeld, Präsident Schied und Ministerialrat Dr. Schettler.

Endlich Flugplätze im besetzten Gebiet

Wiesbaden, 16. März. Nach schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, die Zustimmung der Interalliierten Rheinlandskommission zum Bau von Flugplätzen im besetzten Gebiet zu erhalten. Der erste Flugplatz wird noch im Laufe dieses Jahres in Erbe nehmung auf dem Gelände der Wiesbadener Pferdereisbahn eröffnet werden. In Koblenz kann mit dem Bau noch nicht begonnen werden, da das einzige geeignete Gelände vom französischen Militärbefehlshaber nicht freigegeben wird. In Kaiserslautern ist man eben dabei, einen Bauplan zu entwerfen. Die Entwürfe werden von der Besatzungsbehörde einer scharfen Nachprüfung unter dem Gesichtspunkt unterzogen, ob sie mit den Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen sind.

Die Reiseroute des „Graf Zeppelin“

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung) Berlin, 16. März. Die Reiseroute für die große Orientfahrt des „Graf Zeppelin“ steht zwar noch nicht fest, doch ist für alle Fälle in einer Anzahl von Ländern um die Erlaubnis zum Ueberfliegen und eventuellen Landen nachgesucht worden. Bis jetzt haben sich Rumänien, Südrussland, Griechenland, Palästina, Italien und Frankreich bejahend geäußert.

Wiener-Neustadt, das durch seine rote Mehrheit, wie wir gestern berichteten, an den Rand des Bankrotts gebracht wurde, liegt, wie wir betonen möchten, etwa 18 Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt, in Niederösterreich. Es ist von Ungarn durch den jüngsten österreichischen Bundesstaat, das ferndutsche Burgenland, getrennt.